

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

Dreiundzwanzigste Tagung der Konferenz am 3. und 4. Oktober 2024 in Budapest

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Teilnehmende der deutschen Delegation	2
2 Einführung	2
3 Verlauf der Tagung.....	2
3.1 Sitzung I: Wettbewerbsvorteile durch mehr Elektroautos in der EU und erforderliche Vorbereitungen zur Entscheidungsfindung	2
3.2 Sitzung II: Die Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung.....	4
3.3 Sitzung III: Auswirkungen des EU-Haushalts für Kohäsionspolitik auf den mehrjährigen Finanzrahmen	6

1 Teilnehmende der deutschen Delegation

An der dreiundzwanzigsten Tagung der Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Christian Petry** (SPD), Delegationsleiter

Abgeordnete **Bettina Hagedorn** (SPD),

Abgeordneter **Bernhard Daldrup** (SPD)

Abgeordnete **Dr. Ingeborg Gräßle** (CDU/CSU),

Abgeordneter **Karsten Klein** (FDP)

Abgeordneter **Peter Boehringer** (AfD)

Der Bundesrat war nicht vertreten.

2 Einführung

Die Einrichtung der Konferenz geht auf Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012 zurück. Darin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten – zu denen mittlerweile alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehören – zur Aufnahme einheitlicher und verbindlicher Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene. Darüber hinaus ist in Artikel 13 die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) vorgesehen, in der haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen gemäß den Regelungen des Fiskalvertrags beraten werden sollen. Die erste SWKS-Konferenz fand im Herbst 2013 in Vilnius (Litauen) statt.

Gemäß ihrer Geschäftsordnung, die im November 2015 verabschiedet wurde, soll die Konferenz einen Rahmen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags bieten. Eine weitere Aufgabe ist die Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Zudem legt die Geschäftsordnung fest, dass sich die Delegierten im Frühjahr im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP in Brüssel treffen, während die Konferenz im Herbst in demjenigen Land stattfindet, das im zweiten Halbjahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

Die Delegation des Deutschen Bundestages besteht in der 20. Wahlperiode aus elf festen Mitgliedern aus allen dort vertretenen Fraktionen. Aufgrund der Querschnittsaufgabe der Konferenz sind dies Abgeordnete aus dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der Bundesrat ist regelmäßig mit Delegierten bei der Konferenz vertreten.

3 Verlauf der Tagung

Der erste Konferenztag widmete sich in einer Sitzung dem Thema Wettbewerbsvorteile durch mehr Elektroautos in der EU und der erforderlichen Vorbereitungen zur Entscheidungsfindung bzgl. dieses Themas.

Die Debatten der zwei weiteren Sitzungen am zweiten Konferenztag befassten sich mit den Themen Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung und Auswirkungen des EU-Haushalts für Kohäsionspolitik auf den mehrjährigen Finanzrahmen.

Auf der Tagung waren Delegierte aus allen 27 Mitgliedstaaten sowie dem Europäischen Parlament vertreten. Als Beobachter nahmen Abgeordnete der Beitrittskandidaten Nordmazedonien, Georgien, Albanien, Montenegro, Ukraine und der Türkei teil sowie Vertreter aus dem Kosovo

3.1 Wettbewerbsvorteile durch mehr Elektroautos in der EU und erforderliche Vorbereitungen zur Entscheidungsfindung

Die Leitung der ersten Plenarsitzung übernahm der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der ungarischen Nationalversammlung, **Erik Bánki**. Die beiden Einführungsvorträge wurden von **Péter Kaderják**, Geschäftsführer des ungarischen Batterieverbandes, sowie von **Máté Lóga**, Staatssekretär für Wirtschaftsstrategie, Finanzen und makroökonomische Analyse im Ministerium für Volkswirtschaft, gehalten.

Péter Kaderják sprach sich für eine verstärkte Förderung von Elektroautos in der EU aus. Während global immer mehr Elektrofahrzeuge verkauft würden, habe sich der Verkauf in der EU in den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 gegenüber dem Vorjahreszeitraum lediglich um 1,3 Prozent erhöht. Dabei habe es sich die EU zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden und bereits ab 2035 ausschließlich emissionsfreie Fahrzeuge zuzulassen. Es sei davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Elektroautos in den kommenden zehn Jahren stark ansteigen werde. Zentraler Faktor für die aktuell geringe Absatzsteigerung in der EU sei die Preisgestaltung.

Immer noch würden Elektroautos bedeutend teurer verkauft als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Hinzu kämen bedeutende Unwägbarkeiten für Verbraucher mit Blick auf die staatliche Förderung, die beispielsweise in Deutschland im Dezember 2023 von der Bundesregierung überraschend eingestellt worden sei. Der Kauf von Elektrofahrzeugen müsse für die breite Masse der Bevölkerung preislich attraktiver gestaltet werden. Auch der Markt für gebrauchte Elektrofahrzeuge laufe nur schleppend an, was insbesondere an der noch zu geringen Reichweite und Lebensdauer von Elektroauto-Batterien liege. Aktuell schätze die Mehrheit der Entscheidungsträger auf EU-Ebene die Transformation der Automobilindustrie eher als Bedrohung denn als Chance ein, was dringend korrigiert werden müsse.

Es sei empfehlenswert, im Einklang mit dem Anfang Juli 2024 im EU-Wettbewerbsfähigkeitsrat vorgelegten 11-Punkte-Paket der ungarischen Regierung mit Vorschlägen zur Beschleunigung des Übergangs zu Elektrofahrzeugen zu agieren. Neben einer wettbewerbsfähigen Preisgestaltung sei insbesondere die Koordination von unterschiedlichen Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten erforderlich. Das Paket sehe zudem einen massiven Ausbau der öffentlichen Infrastruktur sowie die Förderung des Ausbaus der privaten Infrastruktur vor, da 90 Prozent aller Ladevorgänge zuhause stattfinden würden. Auch am Strompreis müsse angesetzt werden.

Die Beschaffenheit und Lebensdauer von Fahrzeugbatterien müsse für Nutzer transparent sein. Darüber hinaus sollten Verbraucher an die Nutzung von Elektrofahrzeugen herangeführt werden, indem diese beispielsweise für Fahrschulen vergünstigt angeboten und dort eingesetzt würden. Zu den zentralen Vorschlägen des Pakets gehöre auch der Ausbau der Batteriefertigung in der Nähe großer Produktionsstandorte, um Synergien der Lieferkette zu nutzen, wobei sich die EU bei den Batterierohstoffen dringend unabhängiger von China machen müsse.

Máté Lóga knüpfte mit seinem Beitrag an die Ausführungen Péter Kaderjáks an und sprach sich ebenfalls für eine verstärkte Förderung der Elektroautoproduktion in der EU aus. Er betonte die wichtige Rolle der Nachhaltigkeit für die Zukunft der EU-Wettbewerbsfähigkeit. Im Jahr 2050 wolle die EU der erste klimaneutrale Kontinent sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse man den Ausbau der Infrastruktur für grüne Technologien beschleunigen, sonst drohe man als EU von China und den USA überholt zu werden. Die Dekarbonisierung der EU-Wirtschaft, zu der auch die Transformation der Automobilindustrie gehöre, halte Chancen bereit, wobei es dabei nicht um Ideologiefragen, sondern um globale wirtschaftliche Tatsachen gehe.

Noch sei der Marktanteil von Elektrofahrzeugen in der EU nicht so schnell gestiegen, wie erhofft. Insbesondere die Verkäufe in Deutschland und Frankreich seien stark zurückgegangen. Ungarn wolle als Brücke zwischen östlichen und westlichen Mitgliedstaaten agieren, um die Elektrofahrzeugbranche wieder auf die Beine zu bringen. Dabei sei das Land bereits jetzt der viertgrößte Batterieerzeuger der Welt und könne 35 Prozent der EU-Nachfrage befriedigen. Künftig müsse man auf noch kleinere Batterien mit noch größerer Reichweite setzen und hohe Summen in Forschung und Entwicklung investieren. Eine Schlüsselrolle für die Dekarbonisierung der EU spiele aus ungarischer Sicht zudem die Kernenergie.

An der Aussprache beteiligten sich u. a. die Abg. **Ingeborg Gräble** (CDU), der Abg. **Karsten Klein** (FDP), **Mariusz Witzak**, Mitglied des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten des Polnischen Unterhauses (Sejm), **Florence Blatrix Contat**, Mitglied des französischen Senats sowie **Bartolomeo Amidei** Mitglied des Ausschusses für Industrie, Handel, Tourismus, Landwirtschaft und Agrar- und Lebensmittelproduktion des italienischen Senats.

Die Abg. **Ingeborg Gräble** (CDU) erklärte, dass sie angesichts der einleitenden Redebeiträge überrascht sei. Sie nehme bereits zum sechsten Mal an der SWKS-Konferenz teil und habe dort noch nie zuvor eine Lobbyveranstaltung für eine Technologie erlebt. Sie hoffe, dies sei das erste und letzte Mal. Man solle keine Technologie promoten, da dies vor allem China nutze. Es sei zu hoffen, dass es nicht daran liege, dass Ungarn eine chinesische Produktion habe an Land ziehen können und es nicht darum gehe, den chinesischen Absatz zu stärken. Künftig wolle sie darum bitten, die Dinge in einem komplexeren Umfeld zu diskutieren. Je schneller man in der E-Mobilität vorangehe, desto schwieriger werde es für die EU-Automobilbranche.

Der Abg. **Karsten Klein** (FDP) betonte, dass die Automobilbranche einer der größten Wirtschaftszweige in der EU und damit auch einer der größten Arbeitgeber sei. Ein großer Teil des Wohlstandes sei von der Automobilindustrie abhängig. Die E-Mobilität sei massiv gefördert worden bspw. durch Infrastrukturprojekte, Batterietechnik und das Programm NextGenerationEU.

Der Siegeszug der Elektroautoindustrie sei trotzdem ausgeblieben und die Zulassungszahlen lägen weit hinter dem, was prognostiziert und angekündigt worden sei. Deshalb dürfe man nicht einfach nach mehr rufen, sondern müsse eine Neujustierung vornehmen. Wichtig sei Technologieoffenheit. Es sei nicht mehr Aufklärung nötig und man solle in der Politik nicht alles besser wissen, sondern die Bürger entscheiden lassen. Es gehe um das Ziel der Klimaneutralität, ob dies durch klimaneutrale Verbrenner oder E-Mobilität erreicht werde, sei nicht entscheidend.

Florence Blatrix Contat unterstrich, dass es bei der Zukunft der Elektromobilität auch um Fragen der Geopolitik gehe. Viele europäische Kunden hätten chinesische Fahrzeuge gekauft. Man müsse das Verbrennerverbot in der EU aufrechterhalten, aber den Markt auch vor unfairem Wettbewerb schützen, beispielsweise mit den EU-Zöllen auf chinesische Elektroautoimporte.

Mariusz Witzak stufte die Koordinierung zwischen den EU-Staaten als zentralen Aspekt ein. Bislang seien beispielweise die Ladesysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Er sprach sich für ein gemeinsames EU-Förderprogramm für die Elektromobilität aus. Wenn man nun nicht investiere, werde man scheitern.

Bartolomeo Amidei warnte, dass die Maßnahmen zur Transformation des EU-Automobilektors nicht dazu führen dürften, dass man sich nur auf eine Technologie konzentriere. Man müsse auch andere wichtige Aspekte der EU-Wirtschaft bedenken und Interventionen graduell gestalten, um Unternehmen nicht zu stark zu belasten. Allein in Italien würden 600.000 Arbeitsplätze an der Automobilbranche hängen.

3.2 Die Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung

Die Leitung der 2. Sitzung übernahm **Zoltán Vajda**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des ungarischen Parlaments. Die beiden Einführungsvorträge wurden von **Péter Benő Banai**, Staatssekretär für öffentliche Finanzen im ungarischen Finanzministerium und **Balázs Romhányi**, Geschäftsführender Direktor des Fiscal Responsibility Institute in Budapest, gehalten.

Zu Beginn gab der Vorsitzende **Zoltán Vajda** einen Überblick über die Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung, wobei er insbesondere auf die Entwicklung und die verschiedentlichen Änderungen des Rahmens seit seiner Verabschiedung im Jahr 1997 sowie auf die Hauptziele der aktuellen Reform einging. Als solche nannte er die Gewährleistung solider öffentlicher Finanzen, die schrittweise Verringerung von Schuldenquoten und Haushaltsdefiziten und die Erreichung eines nachhaltigen und integrativen Wachstums durch strukturelle Reformen und Investitionen. Vor der Reform habe es in den Jahren 2019 bis 2023 vermehrt Diskrepanzen zwischen dem avisierten und dem tatsächlichen Haushaltsdefizit der Mitgliedstaaten gegeben. Während sieben Mitgliedstaaten ihr nationales Reformprogramm übertroffen hätten, wären die meisten Mitgliedstaaten von einem viel höheren BIP ausgegangen, als sie letztlich erreicht hätten. Die nun erfolgte Reform solle das bisherige Regelwerk vereinfachen, die Überwachung der nationalen Pläne verbessern sowie die nationale Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und die Rolle der unabhängigen Fiskalinstitutionen stärken.

Péter Benő Banai legte die Sichtweise des ungarischen Finanzministeriums auf die Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung dar. Die Hauptprobleme des alten Regelwerks seien mit der Reform überwunden worden. Der neue wirtschaftspolitische Rahmen sei geeignet, die Schuldenquote und das Haushaltsdefizit der Mitgliedstaaten zu verringern. Die Staatsverschuldung in der EU sei in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts gesunken. Auch Ungarn habe seinen Schuldenstand Jahr für Jahr reduzieren können. In der ungarischen Verfassung würden sogar strengere Schuldenregeln gelten als unter dem neuen Rahmen auf EU-Ebene. Während der öffentliche Schuldenstand nach der Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) nicht übersteigen dürfe, liege diese Grenze in Ungarn bereits bei 50 Prozent. Einzig im Falle einer Krise könnten die öffentlichen Schulden erhöht werden. Bis zum Jahr 2023 sei die ungarische Staatsverschuldung angestiegen, ab 2023 dann gesunken.

Was das Haushaltsdefizit betreffe, so sei dieses durchschnittlich in den Mitgliedstaaten im Rückgang begriffen, allerdings immer noch sehr hoch. Der neue wirtschaftspolitische Rahmen sei geeignet, das Defizit zu verringern. Zudem liege ein Schwerpunkt auch auf strukturellen Fragen, da das projizierte gesamtstaatliche Defizit nicht nur unter den Referenzwert von 3 Prozent des BIP gesenkt werden, sondern der Haushalt weiter angepasst werden solle, bis das Defizit eine gemeinsame Stabilitätsmarge von 1,5 Prozent des BIP gegenüber dem Referenzwert

von 3 Prozent biete. Insgesamt könne der Abbau von Schulden und Defiziten nur über mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum erreicht werden. Ziel der Haushaltspolitik müsse immer das Wohlergehen der Mitgliedstaaten sein. Dabei stelle eine zu straffe Haushaltspolitik immer einen größeren Fehler dar, als eine zu lockere Haushaltspolitik.

Balázs Romhányi stellte die Ergebnisse des sogenannten „Open Budget Survey“ der International Budget Partnership im Zeitraum von 2017 bis 2023 vor. Bei dem „Open Budget Survey“ handele es sich um die weltweit einzige vergleichende, unabhängige und regelmäßige Bewertung von Transparenz, Kontrolle und Beteiligung bezüglich nationaler Haushalte. Das Survey sei bereits in den Jahren 2017, 2019, 2021 und 2023 erschienen und umfasse jeweils 115-130 Staaten, darunter 14 EU-Mitgliedstaaten, nämlich Belgien, Tschechien, Deutschland, Frankreich, Ungarn, Kroatien, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien und Schweden und darüber hinaus die EU-Beitrittskandidatenstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei und Ukraine.

Nach den Ergebnissen der Auswertung im Zeitraum von 2017 bis 2023 habe die parlamentarische Kontrolle in Haushaltsangelegenheiten sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch in Beitrittskandidatenländern leicht abgenommen. Dieser Trend habe bereits vor der Corona-Pandemie begonnen und sich dann fortgesetzt. Gleichzeitig werde in immer mehr EU-Mitgliedstaaten und Beitrittskandidatenländern eine sogenannte Halbjahresbilanz veröffentlicht, in der die aktuelle Haushaltslage akkurat und im Detail dargestellt werde. Insgesamt würden die Ergebnisse daher nicht darauf hindeuten, dass die fiskalische Transparenz abgenommen habe. Zudem sei ohnehin die ewige Frage, wie man den Wachstumsstand in einem bestimmten Land am besten berechnen könne, da theoretisch das Haushaltsdefizit auch zunächst wachsen könne, solange langfristig die Schulden sinken würden, zumindest im Vergleich zum BIP.

43 Teilnehmer beteiligten sich an der Aussprache, darunter die Abg. **Ingeborg Gräble** (CDU), die Abg. **Bettina Hagedorn** (SPD), der Abg. **Bernhard Daldrup** (SPD), der Abg. **Karsten Klein** (FDP) sowie **Claude Raynal**, Leiter der französischen Delegation und Vorsitzender des Finanzausschusses des französischen Senats.

Die Abg. **Ingeborg Gräble** unterstrich, dass man den Stabilitäts- und Wachstumspakt mit Glaubwürdigkeit unterlegen müsse. Nur zusammen als EU könne man stark sein, aber jeder müsse seine Arbeit machen. Die Schuldenbremse ermögliche Investitionen aber die Eindämmung von Schulden sei keine Investition. Ungarn stehe bei der Transparenz des Haushalts und bei der Haushaltskontrolle an letzter Stelle und sei in schlechter Gesellschaft mit Diktaturen wie China. Dies solle kein Anschlag auf Ungarn sein, sondern ein Versuch, zusammen besser zu werden, denn ohne Ungarn werde man es nicht schaffen.

Die Abg. **Bettina Hagedorn** betonte, sie wolle als Europäerin sprechen, nicht als Deutsche. Die Stabilität in der EU sei in den Jahren 2008 und 2009 auf eine große Probe gestellt worden, die Kompromisse erforderlich gemacht habe und aus der man gemeinsame Lehren gezogen habe. Seit 2022 habe Solidarität durch den Angriff autokratischer Staaten auf die Demokratie noch einmal eine andere Dimension für die EU.

Der Abg. **Bernhard Daldrup** (SPD) erinnerte sich, dass er zum letzten Mal vor 45 Jahren als Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung im ungarischen Parlament gewesen sei. Diese Zeit habe im Schatten des Eisernen Vorhangs gestanden. Kleinstaaterei und Nationalismus würden auch bei finanz- und wirtschaftspolitischer Steuerung nicht helfen. Die aktuelle Investitionsquote müsse erhöht werden, um die Zukunftschancen künftiger Generationen zu stabilisieren. Der neue Rahmen stelle sicher, dass Zusagen eingehalten würden.

Der Abg. **Karsten Klein** (FDP) bezeichnete verbindliche und ambitionierte Fiskalregeln als Grundpfeiler für die Wirtschafts- und Währungsunion. Auch in einer Wirtschaftskrise müsse die EU politisch handlungsfähig bleiben, auch für künftige Generationen. Er begrüßte, dass die Referenzwerte von 60 Prozent des BIP mit Blick auf den öffentlichen Schuldenstand und 3 Prozent des BIP für das Haushaltsdefizit beibehalten worden seien und auch, dass der präventive Arm überarbeitet wurde. Die Reform mache die Arbeit der aktuellen Regierung besser messbar und habe die Aufgabe, die Fiskalkontrolle zu intensivieren.

Claude Raynal prognostizierte, dass die Reform national große Auswirkungen haben werde. Man müsse die ökologische Transformation zulassen, da es für die junge Generation sehr wichtig sei, dass die EU wettbewerbsfähig bleibe.

Im Anschluss an die Debatte erwiderte **Péter Benő Banai** dass man Investitionen brauche, dies aber im Widerspruch zur Senkung des Haushaltsdefizits stehen könne. Was im Draghi-Bericht zur Zukunft der EU-Wettbewerbsfähigkeit stehe, sei kein Zufall. Auch die Demographie stelle ein großes Problem dar, die EU sterbe aus. So wolle Ungarn Familien mit Kindern stärker unterstützen. Man habe die Geburtenrate bereits auf 1,6 Kinder pro

Frau erhöhen können, strebe allerdings 2,1 Kinder pro Frau an. Was die Transparenz in Ungarn betreffe, so würden Haushaltsvorschläge dem Parlament in zwei Dokumenten vorgelegt, das erste komme vom Rechnungshof und das zweite vom Finanzrat. Ein Vorschlag könne jeweils nur verabschiedet werden, wenn der Finanzrat grünes Licht gebe, was wiederum nur im Falle der Zustimmung des Haushaltsausschusses geschehe. Es gebe nicht viele Länder, in denen der Finanzrat so starke Rechte habe und Ungarn rangiere in dieser Hinsicht vor Deutschland. Sicherlich gebe es jedoch immer Spielraum für mehr Transparenz.

Der Sitzungsleiter **Zoltán Vajda** intervenierte an dieser Stelle kurz und brachte zum Ausdruck, dass die Transparenz der von **Péter Benő Banai** erwähnten Gremien fragwürdig sei.

Balázs Romhányi betonte, dass unabhängige Finanzinstitutionen eine entscheidende Rolle spielen würden und die Schaffung von Mechanismen erforderlich sei, um ihre Unabhängigkeit dauerhaft zu gewährleisten.

3.3 Auswirkungen des EU-Haushalts für Kohäsionspolitik auf den mehrjährigen Finanzrahmen

Die 3. Sitzung begann mit einer Videobotschaft der EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, **Elisa Ferreira**. Die Leitung der Sitzung übernahm **Zoltán Tessely**, Vorsitzender des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten des ungarischen Parlaments, der seinerseits einige einleitende Worte vorwegschickte. Ein weiterer Einführungsvortrag wurde von **Tibor Navracsics**, ungarischer Minister für regionale Entwicklung, gehalten.

Elisa Ferreira bezeichnete die Kohäsionspolitik einleitend als treibende Kraft für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Sie stelle auch in Krisen einen entscheidenden Faktor dar und sei eine der ersten EU-Antworten auf die Corona-Pandemie gewesen. In der EU dürfe keine Region zurückgelassen werden. In Anbetracht der aktuellen inneren und äußeren Herausforderungen müsse man Gründe schaffen, um in der EU zu bleiben. Die Kohäsionspolitik müsse sich stetig weiterentwickeln und auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wolle einen Fokus auf diesen Bereich legen.

Insbesondere brauche die Kohäsionspolitik mehr Flexibilität, um auf spezifische Bedürfnisse und Herausforderungen einzelner Regionen zu reagieren und gleichzeitig ihren starken stabilen Rahmen beizubehalten. Die einzelnen Regionen müssten in den Mittelpunkt gestellt werden, lokale Partner seien der Schlüssel zum Erfolg. Durch die grüne und digitale Transformation stünden der EU künftig große Herausforderungen bevor und man könne sich nur gemeinsam im globalen Wettbewerb behaupten. Kein Ort solle zurückgelassen werden und die Kohäsionsmittel sollten auf die regionalen Bedürfnisse zugeschnitten werden. Es bedürfe auch einer stärkeren Kooperation und Partnerschaft zwischen den Interessenvertretern, der Zivilgesellschaft und der lokalen Politik. Nur so könne man das Vertrauen in die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel aus dem EU-Haushalt fördern.

Zoltán Tessely erklärte, die Kohäsionspolitik sei einer der großen Erfolge der EU. Die Fonds seien keine Almosen der reichen Mitgliedstaaten an die ärmeren, sondern sie dienten der gesamten EU. Mit dem EU-Beitritt hätten die Mitgliedstaaten ihre Märkte und Produktionsstätten für den Binnenmarkt geöffnet. 20 Jahre nach dem EU-Beitritt habe Ungarn die Kohäsionsmittel aufgrund verschiedener ideologischer Gründe nun nicht erhalten. Die regionale und lokale Unterstützung durch Kohäsionsmittel sei wichtig für die EU als Ganzes.

Ungarn habe die Kohäsionsmittel in der Vergangenheit verantwortungsvoll und gewinnbringend eingesetzt, beispielsweise für Energiesysteme, Infrastrukturprojekte, Kindertagesstätten, den Schutz vor Terrorismus, den Straßenbau, die Unterstützung ländlicher Regionen, die Renovierung von Kirchen, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Modernisierung von Städten. Jeder wisse, wie komplex ein einzelnes Kohäsionsprojekt sei. Die Bereitstellung der Kohäsionsmittel für Ungarn werde auch künftig unerlässlich sein, sowohl bezüglich der regionalen Entwicklung als auch mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit Ungarns und der gesamten EU.

Tibor Navracsics legte dar, dass für die Kohäsionspolitik im Zeitraum von 2021 bis 2027 rund 392 Mrd. Euro an EU-Mitteln vorgesehen seien, was 30,5 Prozent des gesamten EU-Haushalts entspreche. Im Februar 2022 habe die EU-Kommission ihren 8. Kohäsionsbericht herausgegeben, in welchem sie ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten gelegt haben. Es gelte der Grundsatz, dass die Kohäsionspolitik nicht schaden solle. Sie stelle eines der wichtigsten Ziele der EU dar und nehme eine besondere Rolle ein. Kein anderes Instrument auf EU-Ebene könne den Platz der Kohäsionspolitik einnehmen.

In ihrem 9. Kohäsionsbericht aus dem März 2024 habe die EU-Kommission festgestellt, dass trotz starker Fortschritte in einer Reihe von Bereichen anhaltende Ungleichheiten im Konvergenzniveau der Mitgliedstaaten festzustellen seien. Zwischen verschiedenen Regionen gebe es immer noch große soziale und wirtschaftliche Unterschiede, was beispielsweise daran zu sehen sei, dass das BIP pro Kopf sowie das Wachstum in den Metropolregionen bedeutend höher ausfielen. Die Unterschiede in der Geschwindigkeit der Entwicklung stellten eine große

Herausforderung dar. EU-Mittel hätten einen direkten Einfluss darauf, wie viele Menschen in einzelnen Regionen bleiben und leben wollten. Daher müsse man einen langfristigen Ansatz verfolgen und dürfe nicht einfach nur auf Ausschreibungen oder kurzfristige Entwicklungen reagieren. Für Kommunen müsse man künftig Anreize zur Entwicklung setzen und insgesamt weniger „top-down“ agieren. Es bedürfe eines flexibleren Vorgehens, das auf tatsächliche örtliche Bedarfe reagiere und auch demographische Herausforderungen im Blick habe.

20 Teilnehmer beteiligten sich an der Aussprache, darunter die Abg. **Bettina Hagedorn** (SPD), **Luigi Spagnoli**, Mitglied des Ausschusses für die Politik der Europäischen Union des italienischen Parlaments, **Markus Lohi**, Vorsitzender des finnischen Finanzausschusses, **Sanja Lukarevska**, Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Parlament der Republik Nordmazedonien und **Jean-Marie Mizzon**, Mitglied des französischen Senats.

Die Abg. **Bettina Hagedorn** betonte, man brauche ein mutiges Europa, das eine Zukunft für junge Menschen biete. Schulden zu machen sei nicht per se eine gute Idee für die Zukunft der nächsten Generation. Es bedürfe gewissermaßen einer Quadratur des Kreises. Die Kohäsionspolitik habe sich bewährt, sei aber immer einem Wandel unterlegen gewesen. Anders als früher im Zusammenhang mit der ehemaligen DDR sei Deutschland aktuell nicht auf Mittel angewiesen. Man müsse der politischen Lage auch in der EU gerecht werden. In Zukunft müsse man einen Fokus auf die Sicherheitslage sowie auf Freiheit und Demokratie legen. Ohne Sicherheit sei die EU nichts. Der mittelfristige Finanzplan müsse sich an diesen neuen Rahmenbedingungen orientieren. Die EU habe noch nie so viel Geld zur Verfügung gehabt, wie aktuell und die Mitgliedstaaten hätten die Möglichkeit und die Verantwortung, viel in ihren Ländern zu leisten, um die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Luigi Spagnoli unterstrich, dass die Kohäsionspolitik wichtig für die soziale Integration und die wirtschaftliche Sicherheit in der EU sei. Sie sei fundamental auch für die Landwirtschaft, den Klimawandel, die ökologische, technologische und digitale Transformation. Der Draghi-Bericht zur Zukunft der EU-Wettbewerbsfähigkeit führe richtig auf, dass die EU wieder innovativer werden und ihre Produktion aufbauen müsse. Auch eine gemeinsame Schuldenaufnahme in Form von Eurobonds sei in dem Bericht empfohlen worden. Die EU drohe, den Anschluss zu verlieren und müsse jetzt investieren, wobei laut Draghi 750 bis 800 Mrd. Euro notwendig seien. Diese Mittel müsse man sowohl aus öffentlichen als auch aus privaten Investitionen bereitstellen. Es sei ein wichtiges Ziel, mehr Privatinvestoren in der EU anzulocken.

Markus Lohi gab zu bedenken, dass die Effekte des Ukrainekrieges auch die ländlichen Gebiete in den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten betreffen würden. Dies müsse die EU im Blick behalten und auch hier die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Sanja Lukarevska begrüßte, dass Nordmazedonien erhebliche finanzielle Unterstützung seitens der EU erhalten habe. Dies habe es bedeutende Fortschritte im Beitrittsprozess möglich gemacht und den Bürgern die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft nahegebracht.

Jean-Marie Mizzon erklärte, dass die Kohäsionspolitik sehr wichtig für die EU und auch für Frankreich sei. Frankreich sei ein Nettozahler in der EU-Kohäsionspolitik. Es sei schwierig, ein gemeinsames Niveau für alle EU-Mitgliedstaaten zu finden. Die Kommissarin Ferreira habe die Dringlichkeit deutlich gemacht. Man müsse die Kohäsionspolitik zentralisieren, auf ein gemeinsames Niveau hinwirken und Antworten finden, um die Wettbewerbsfähigkeit in allen Regionen der EU zu fördern. Die Kohäsionspolitik müsse allen EU-Mitgliedstaaten dienen, nicht nur den Netto-Zahlern.

Tibor Navracsics führte abschließend aus, dass man die EU für die Zukunft wettbewerbsfähig aufstellen müsse. Die Kohäsionspolitik sei eine der wichtigsten Voraussetzungen, um lokale Diskrepanzen und Entwicklungsunterschiede auszugleichen und gleichzeitig Wirtschaftsförderung zu betreiben. Je stärker die Mitgliedstaaten zusammenstünden, desto stärker sei die gesamte EU. Es sei aus ungarischer Perspektive kaum verständlich, weshalb einige Mitgliedstaaten aus ideologischen Gründen keinen Zugang zu den EU-Mitteln hätten. Diese sollten kein politisches Instrument sein. 2021 sei Ungarn bei der Umsetzung der Finanzmittel aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen unter den erfolgreichsten Mitgliedstaaten gewesen.

Berlin den 16. Dezember 2024

Christian Petry
Delegationsleiter

